

783/J XXI.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Elisabeth Pittermann  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend massive Verschlechterungen für kranke Menschen durch das FPÖVP -  
Belastungspaket im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung

Das österreichische Gesundheitssystem stellt durch die solidarische, umlagefinanzierte Pflichtversicherung den chancengleichen Zugang für alle Versicherten und deren Angehörigen zu Leistungen des Gesundheitswesens unabhängig vom Alter, Geschlecht und finanzieller Leistungsfähigkeit sicher.

Durch dieses Modell der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems ist es in Österreich gelungen, die Spaltung der Gesellschaft und die nunmehr drohende Zwei - Klassen - Medizin zu verhindern.

Durch den Anschlag auf die Geldbörsen kranker Menschen gefährdet die FPÖVP die gesellschaftliche Solidarität massiv.

Das Leitmotiv, mit dem die blau - schwarze Abkassierer - Koalition unverhohlen in die Taschen kranker Menschen greift ist: „Wer krank ist, muss zahlen“

Hier sind exemplarisch einige der blau - schwarzen Maßnahmen genannt:

- Bis zu 1.000,- Selbstbehalt in Spitalsambulanzen pro Jahr und Person.
- Erhöhung des Selbstbehalts im Spital um rund 43 Prozent.
- Erhöhung der Rezeptgebühr um über 22 Prozent.
- Generelle Selbstbehalte für alle neuen medizinischen Leistungen (z.B. Psychotherapie 20 Prozent).
- Kürzung des Krankengeldes für Schwerstkranke.
- Streichung der Zuschüsse für Heilbehelfe und Hilfsmittel (Hörgeräte, Prothesen, etc.).
- Streichung der Maßnahmen für Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung.

StS Waneck hat in einer offiziellen Aussendung behauptet, dass dieses Paket „sozial ausgewogen ist, weil es kranke und sozial schwache Menschen nicht zusätzlich belastet“!

Die unterfertigten Sozialdemokratischen Abgeordneten empfinden diese Aussage, die besonders kranke Menschen trifft, als zynisch und menschenverachtend und stellen daher an die Frau Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen nachfolgende

**Anfrage:**

**Vorziehung der Einführung der Chipkarte**

Laut Pressekonferenzunterlage der Bundesregierung:

- Vorziehung der Einführung der Chipkarte in das Jahr 2002 mit der Zusatzmöglichkeit für jeden Patientinnen, freiwillig medizinische Notfalldaten darauf speichern zu können
1. Ist es richtig, dass mit Einführung der Chipkarte die Krankenscheingebühr abgeschafft und ein genereller prozentueller Selbstbehalt eingeführt wird?
  2. Will man die Versicherten durch die Einführung des prozentuellen Selbstbehalts noch vor Ende dieser Legislaturperiode belasten?
    - a) Wenn ja, in welcher Höhe?
  3. Was sind medizinische Notfalldaten die freiwillig gespeichert werden können?
  4. Dürfen diese medizinischen Notfalldaten, von einem Arzt ohne entsprechende Gegenprobe verwendet werden?
  5. Wer hat Zugriff auf diese medizinischen Notfalldaten (z.B. der Betriebsarzt)?

**Einsparungen im Bereich Arzneimittelkosten**

Laut Pressekonferenzunterlage der Bundesregierung:

- Einsparungen im Bereich Arzneimittelkosten, mit dem Ziel, die erwarteten Kostensteigerungen bis Ende 2000 um 2,5 Mrd. zu senken.
  - Reduzierung der Großhandelsspanne, der Apothekenspanne, sowie durch laufende Verhandlungen des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger mit der pharmazeutischen Industrie unter Anwendung der bestehenden Instrumente.
  - Durch Einführung eines EDV - gestützten Informationssystems (Ökonomiemodul) soll die Verschreibep Praxis der Vertragsärzte ebenfalls zu einer Reduzierung der Arzneimittelkosten beitragen.
  - Keinesfalls dürfen starre Deckelungen eingeführt werden.
  - Preiskommission soll vor allem bei den häufig verordneten Medikamenten einen ständigen EU - weiten Preisvergleich durchführen.
6. Was hat ihr Ressort, seit ihrem Amtsantritt, an Regulationsmaßnahmen für die Dämpfung der Arzneimittelkosten erlassen?
    - a) Was sind die finanziellen Auswirkungen dieser Regelungen?
    - b) Sind diese Maßnahmen aus Ihrer Sicht ausreichend?
  7. Was werden Sie in Ihrem Ressort unternehmen, um dieses Paket umzusetzen?
    - a) Bei den Industriepreisen?
    - b) Bei den Großhandelsspannen?
    - c) Bei den Apothekenspannen?

8. Wie soll die Sozialversicherung dieses Paket gegen die Apothekerkammer und die Bundeswirtschaftskammer (Großhandel und pharmazeutische Industrie) ohne politische und gesetzliche Unterstützung durchdrücken?
9. Werden Sie gesetzlich einen besonderen Sanktionsmechanismus gegenüber Vertragsärzten im Rahmen des Ökonomiemoduls einführen?
  - a) Wenn ja, wie sieht dieser aus?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
10. Warum kommt es zu keinen Deckelungen der Arzneimittelausgaben?